

## Liebe Leserin, lieber Leser!

Der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller, Übersetzer und Verleger Ilija Trojanow war 1971 als sechsjähriges Kind mit seiner Familie aus dem stalinistisch KP-regierten Bulgarien über Jugoslawien und Italien in die damalige Bundesrepublik Deutschland geflohen. Er erhielt politisches Asyl. Trojanow, der in Wien lebt, hat nun, mit 57, ein eindrückliches Buch veröffentlicht, in dem er die Erfahrungen eines Geflüchteten als lebenslang prägend bezeichnet. „Nach der Flucht“ heißt der Titel des Buches: „Es gibt ein Leben nach der Flucht“, schreibt Trojanow, „doch die Flucht wirkt nach, ein Leben lang.“

In den politischen Debatten über Flucht und Asyl stehen häufig Zahlen im Mittelpunkt, selten Erfahrungen von Menschen auf und nach der Flucht. Auch von NGOs, auch vom UNHCR und auch in diesen Heften wurde und wird die Dimension von Vertreibungen und Flucht oft mit Zahlen abzubilden versucht, zuletzt bei Personen aus der Ukraine, die vor dem imperialen Krieg Putins fliehen müssen oder bei in Not geratenen oder ertrunkenen Schutzsuchenden am Mittelmeer. Und oft werden Zahlen instrumentalisiert bei der Flüchtlingsabwehr an der Festung Europa! Das zeigte sich jüngst beim Schengen-Veto der ÖVP auf EU-Ebene, um selbst für Personen, die sich heute über oder von Trojanows Heimatland Bulgarien oder Rumänien auf den Weg machen, die Bewegungsfreiheit zu begrenzen – obwohl beide Staaten seit 2007 bei der EU sind und Österreich selbst 1998 den Schengen-Beitritt symbolträchtig am Brenner mit viel Pomp gefeiert hatte.

Um so eindrücklicher angesichts der Zahlen-Debatten wirken drei Zeichnungen von Kindern, die in diesem Heft zu sehen sind (S. 13 und 14). Es sind Zeichnungen von Kindern nach der Flucht, von Kindern, deren Mütter im FLUCHTpunkt-Büro Rat gesucht haben. „Love of a Mother“, „Queen Mama“ und „Home“ wurden diese Bilder von den Kindern benannt. Wir können Absperrungen um Häuser und Landschaften erkennen, aber auch einen Schmetterling oder zwei herzlich zwitschernde Vögel oder eine Mutter als „Queen of Every Home“. Es sind Zeichnungen, die zum Innehalten, zum genauen Betrachten anregen: Hoffnungszeichen und Herausforderungen für geflüchtete Frauen mit Kindern sind hier angedeutet.

Als im kälter werdenden Oktober plötzlich geflüchtete Menschen in Zelten bei Absam untergebracht wurden, am Areal des Bildungszentrums der Sicherheitsakademie, hat kaum jemand mit den dort untergebrachten Personen gesprochen – bis auf ein paar wenige Engagierte. Die im Zeltlager Einquartierten dienten zynisch als poli-

tisches Druckmittel. Die rasche zivilgesellschaftliche Reaktion mit einer Kundgebung in Absam und die symbolische Besetzung („Zimmer statt Zelte“) eines leeren ehemaligen Hotels in Innsbruck-Pradl haben bekanntlich Wirkung gezeigt. Dabei hatten NGOs wie Amnesty, Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Asylkoordination u. a. bereits zuvor konkrete Vorschläge, einen Maßnahmen-Plan zur Unterbringung von geflüchteten Menschen in Österreich, präsentiert: Er ist hier nachzulesen (S. 8f.).

In diesem Heft wird auch zurückgeblickt: auf den niederschweligen Einsatz für Schutzsuchende durch einen kleinen Verein, der vor 25 Jahren als Arge Schubhaft gegründet wurde, 1997, um Menschen, die im Gefängnis in Innsbruck auf die Abschiebung warten mussten, zu betreuen. Daraus ist später das Projekt FLUCHTpunkt erwachsen, dessen Mitarbeiter\*innen ein paar Jahre nur dank Spenden, dank der „Solidaritätsaktien“, ihre Arbeit machen konnten. Nach wie vor gibt es diese Zuwendungen, für die an dieser Stelle ausdrücklich „Danke!“ gesagt werden soll, nach wie vor ist diese Solidarität trotz einer mittlerweile wieder vorhandenen öffentlichen Unterstützung wichtig für die Arbeit im FLUCHTpunkt-Büro. FLUCHTpunkt und die Arge Schubhaft haben diese 25 Jahre Arbeit und Engagement von vielen auch ehrenamtlich Mitwirkenden mit einem ernsten freudigen Fest im Juni begangen: Ein paar Ansprachen und Fotos sind auf den nächsten Seiten veröffentlicht.

*Die Redaktion*



**25 Jahre**

FLUCHTpunkt.

**...UND KEIN BISSCHEN LEISE**

## 25 Jahre Arge Schubhaft – FLUCHTpunkt Erinnerungen eines Wegbegleiters

Von Holger Fankhauser

Historisch betrachtet mag ein Vierteljahrhundert nicht mehr als ein Wimpernschlag sein. Zeitgeschichtlich oder gar auf ein Leben eines Vereins bezogen, kann es eine ungeheure Bandbreite an Begebenheiten und Geschehnissen beinhalten. Dieser Text hier ist weder eine Vereinsgeschichte, noch eine analytische politische Abhandlung, sondern nur ein persönlich gefärbter Rückblick eines Vereinsmitglieds.

Der Verein ARGE Schubhaft und mit ihm sein Projekt FLUCHTpunkt erlebte in den letzten 25 Jahren viele bedeutende geo-, innen- und gesellschaftspolitische Veränderungen, deren Auswirkungen die konkrete Arbeit des Vereins immer direkt oder indirekt betrafen.

Bei den **geopolitischen Veränderungen** ist hier exemplarisch der Zerfall der Sowjetunion zu nennen. In dessen Folge kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen wie in Bergkarabach, Transnistrien oder vor allem in Tschetschenien. Jedoch auch die sozialen und politischen Umbrüche in diesen Ländern, die für viele Teile der Bevölkerungen in politische Verfolgung oder prekäre Lebensverhältnisse zur Folge hatten. Im ersten Jahrzehnt unseres Vereins waren viele aus diesen Ländern Klient\*innen der ARGE Schubhaft: aus den baltischen Ländern, aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Ukraine und der Russischen Föderation, wozu auch Tschetschenien gehört.

Aber natürlich kamen die Geflüchteten auch aus vielen anderen Ländern der Welt, wo die Menschen aus politischen, ökonomischen oder anderen Gründen flohen. Vor allem aus China, Indien, aus vielen afrikanischen Ländern, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei.

Im 21. Jahrhundert sind unter vielen anderen weltpolitischen Ereignissen vor allem zu nennen: der 11. September, der Irak-Krieg, die arabische Revolution, der Syrien-Krieg, der Krieg in Afghanistan oder in Somalia, der Terrorismus des IS und nun der Ukraine-Krieg.

Viele Menschen mussten auch ihre Heimat aufgrund der ökonomischen Ausweglosigkeit verlassen. Andere wurden in ihren Herkunftsländern wegen ihrer Abstammung, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts verfolgt. Die Liste der Fluchtgründe ist lang und komplex und stets erweiterbar.

### Stets mit den geopolitischen Veränderungen konfrontiert

Die ARGE Schubhaft und später das Projekt FLUCHTpunkt war bzw. ist stets mit den Folgen dieser geopolitischen Veränderungen kon-

frontiert, weil die Mitarbeiter\*innen mit den Geflüchteten direkt im Kontakt sind.

Die Fluchtgeschichten der von uns begleiteten Klient\*innen, würden viele Laufmeter einer Bibliothek füllen. Viele dieser Geschichten wurden uns erzählt. Geschichten, die sonst oft im Verborgenen bleiben. Sie erzählen von Verfolgung, Leid, ausweglosen Situationen und den gefährlichen Fluchtwegen, aber auch von ungeheurem Mut und Entschlossenheit, Optimismus und Zuversicht. Sie erzählen von Menschen, die trotz schwierigster Rahmenbedingungen, sich selbstermächtigen, und sich auf dem Weg machen und versuchen, ihr Leben zu retten oder es einfach besser zu machen.

Sie erzählen auch von der Ankunft in den Zielländern. Von dem, was die Menschen hier erfahren und ertragen mussten. Von all den Schikanen, den Erniedrigungen, den Einschüchterungen, den Behinderungen, den desaströsen ökonomischen Rahmenbedingungen, den fürchterlichen Unterbringungen, von der dauernden Unsicherheit und vor allem auch vom sinnlosen Warten und Nichtstun können.

Diese Geschichten spiegeln die ungeheure Vielfalt und die Komplexität des Themas Flucht wider. Diese Geschichten konterkarieren die oft medial transportierten Narrative.

Deswegen hat sich unser Verein seit langem schon zur Zeug\*innenschaft bekannt. Das heißt, dass wir mit unserem Wissen eine Gegenöffentlichkeit schaffen wollen und den vielen Ungehörten im öffentlichen Raum Gehör verschaffen wollen.

### Ein Leporello mit Visionen

Darum hat FLUCHTpunkt auch immer wieder versucht in der Öffentlichkeit ein anderes Bild von den Geflüchteten zu transportieren, als es sonst in den Massenmedien vorherrschte. Hier sei zum Beispiel das *Leporello-Projekt* erwähnt, wo die daran teilhabenden Menschen eben nicht ihre Fluchtgeschichte erzählten, sondern davon, was sie in der Zukunft erwarteten, von Visionen, die sie für ihr zukünftiges Leben hatten. Oder auch das Projekt *Baiti*, wo massiv gegen die mediale Hetze gegen Jugendliche und junge Männer aus dem Maghreb entgegengearbeitet wurde. In diesem Prozess wurden bewusst auch Behörden eingeladen, um die Situation dieser Menschen konkret zu verbessern.

Übrigens: Wenn ich hier gerade die Jugendlichen aus dem Maghreb erwähne, ist festzuhalten, dass es im Verlauf unserer Vereinsgeschichte immer wieder gewisse Gruppen gab, die öffentlich besonders angegriffen wurden, diese wurden dann wiederum von

anderen ethnisch definierten Gruppen abgelöst. Es begann mit ‚den Rumänen‘, dann ‚den Georgiern‘, dann ‚den Tschetschenen‘, dann ‚den Marokkanern‘, dann ‚muslimischen Männern‘, dann ‚den Afghanen‘ ...

Innenpolitische Veränderungen haben die Arbeit von FLUCHTpunkt, selbstredend, stark beeinflusst. Allein 16 Innenminister\*innen musste unser Verein, bzw. vor allem unsere Klient\*innen, ertragen. Von den dazu gehörigen und zugleich in Verantwortung stehenden Regierungen ganz zu schweigen. Wie allgemein hoffentlich bekannt, hat sich das Asyl- und Fremdenwesen in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen auf österreichischer und europäischer Ebene massiv verschärft. Hier nenne ich nur das Schlagwort *Festung Europa*. Als folgenreiches negatives österreichisches Beispiel sei hier nur das *Neuerungsverbot* im Asylverfahren zu nennen oder die Ausschließung der unabhängigen Rechtsberatung mit Gründung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen.

Es gab aber auch Verbesserungen, welche mehr im Fremdenrecht anzusiedeln sind. So dass es jetzt für manche Menschen möglich ist – wenn auch unter sehr schwierigen Bedingungen, aber doch – einen legalen Aufenthalt zu bekommen, für die es früher noch unmöglich gewesen wäre. Jedoch ist festzuhalten, dass die letzten 16 Ressortvorsteher\*innen des Innenministeriums und die dazu gehörigen Regierungen, ein so komplexes Asyl- und Fremdenrecht gestaltet haben, dass selbst die besten Rechts-Expert\*innen Mühe haben, dort noch einen klaren Durchblick zu erhalten.

Aber es haben sich auch Dinge zum Positiven verändert. Beispielsweise in den Jahren als unser Verein noch in der Schubhaftbetreuung tätig war. Zu Beginn waren die Haftbedingungen der Menschen in Schubhaft äußerst prekär. Jedoch durch kontinuierlichen Protest gab es auch bedeutende Verbesserungen: z. B. bei Zellenbelegungen, Dusch- und Hofzeiten, Durchsetzung des *Gelinderen Mittels* etc.).



25-Jahre-Fest im Treibaus

## Hilfe unter Protest

Eine unserer Maximen ist nämlich: *Hilfe unter Protest*. Selbstredend, aber trotzdem zu betonen ist, dass die Schubhaft ein System von institutionalisierter Gewalt ist und diese menschenrechtlich völlig abzulehnen ist. Diese ist heute wie damals eine *Haft ohne Delikt*. In unserer Betreuungszeit in der Schubhaft konnten wir viele Missstände aufdecken und partiell ausräumen. Wie es heute in der Schubhaft aussieht, wissen wir nur von Erzählungen, denn wir dürfen seit 2005 nicht mehr in das Schubgefängnis hinein.

Eine andere Verbesserung ist auch noch zu erwähnen, nämlich die Präsenz von Flucht im öffentlichen Raum. Das Thema Flucht wurde in den ersten Jahren unserer Tätigkeit in den großen Tiroler Medien sehr oft ignoriert. Über viele Vorkommnisse und Aktionen wurde einfach nicht berichtet. Dies hat sich in den letzten Jahren verbessert.

Ein anderer Bereich ist der der Kunst und Hochkultur in Tirol. Mussten wir noch mit dem Künstler Franz Wassermann 2002 die Taxis-Galerie für eine Kunstaktion besetzen, so wurde FLUCHTpunkt vor drei Jahren offiziell vom ehrwürdigen Tiroler Landesmuseum für ein Kunstprojekt eingeladen. So ändern sich manchmal die Zeiten.

## Kampagnen: Herbergssuche, Bleiberecht ...

Gesellschaftspolitische Veränderungen gab es hier in Österreich und international betrachtet viele. Erwähnt sei die unglaubliche Willkommenskultur 2015, die sich aber schon 2016 in weiten Kreisen zu

einer Ablehnungskultur veränderte. Als diese Willkommenskultur im Herbst 2015 entstand, konnten wir, die wir schon lange Geflüchtete begleiten überhaupt nicht glauben, dass so etwas Tolles in diesem Land möglich ist. Leider holte uns aber nur wenige Monate später wieder die Ablehnungskultur ein.

Unfassbar ist für uns der Meinungsumschwung beim Ukraine-Krieg. So richtig und wichtig es ist, dass alle Menschen aus der Ukraine Schutz bekommen, so unglaublich und offen rassistisch ist es, dass die Geflüchteten jetzt unverhüllt in zwei Klassen eingeteilt werden. Viele unserer Klient\*innen, die nicht aus der Ukraine kommen und ebenso bedroht sind, können das einfach nicht glauben, was jetzt plötzlich alles möglich ist.

Positiv erwähnenswert für unsere Arbeitspraxis ist die Reaktion Österreichs auf menschenrechtliche Verschärfungen in Russland. 2010 hat sich in Russland mit der Einführung des Gesetzes zur „Homosexuellen Propaganda“ das Leben vieler anders Liebender massiv verschlechtert. Viele waren dazu genötigt, ihr Land zu verlassen. Österreich ist diesbezüglich in den letzten Jahren positiv aufgefallen bei der Anerkennung dieser Verfolgung. Das wäre vor 25 Jahren noch anders gewesen.

Fluchtzentrum machte viele *politische Aktionen* mit anderen Systempartner\*innen auf diesem Feld. Hier sei nur exemplarisch die Herbergssuche von 2002 erwähnt, die schließlich zur Einführung von Notschlafstellen führte. Oder auch die Kampagnen für die Existenzsicherung von Flüchtlingen oder die Bleiberecht-Kampagne etc.

Abschließend gilt mein größter Dank all jenen Menschen, die die Arbeit der ARGE Schubhaft erst möglich gemacht haben und die es auch immer noch tun.



## Ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie – Zum Stellenwert von FLUCHTpunkt

Von Sieglinde Rosenberger und Gilg Seeber

FLUCHTpunkt als Ort für „Beratung, Unterstützung, Intervention für Flüchtlinge“ ist eine Säule der solidarischen Zivilgesellschaft. Menschen arbeiten ehrenamtlich oder semi-ehrenamtlich dafür, dass jene, denen keine Stimme zugestanden wird, zumindest hin und wieder Gehör bekommen; sie arbeiten für das Recht, dass Menschen eine menschenwürdige Begegnung erfahren, einen Schritt näher zu ihrem Recht kommen.

FLUCHTpunkt übernimmt folglich Aufgaben, die für unser aller Leben, für „unsere“ Demokratie essentiell sind; FLUCHTpunkt übernimmt somit Aufgaben, die erst die gleiche und freie Gesellschaft, in der wir doch so gerne leben, stabilisieren, wachsen lassen, ja, wehrhaft machen.

In wie fern ist das Engagement von FLUCHTpunkt – und vieler anderer Gruppen – für die Demokratie so essentiell?

Die viel gepriesenen Prinzipien und Werte Europas manifestieren sich in Freiheit und Menschenrechten. Gerade hier und heute wird dieses normative Fundament der europäischen Lebensweise, von vielen Seiten hervorgehoben und als Rechtfertigung politischen Handelns herangezogen. Für die Realisierung dieser Werte haben sich soziale, politische Bewegungen eingesetzt, sind Menschen auf die Straße gegangen und haben sich Menschen in Parlamenten engagiert.

Aber gerade heute beobachten wir, meist rat- und verständnislos, die grund- und menschenrechtliche Zerstörung, die Politik im Stand ist zu verursachen, wenn keine Zivilgesellschaft dagegen hält. In Russland steht seit Jahrzehnten die Zivilgesellschaft unter Druck, ja ihr wurde im Sog des Aufbaus des autoritären Regimes die finanzielle Grundlage entzogen, sie wurde sukzessive verboten, unter Strafe gestellt. Jetzt stellen wir fest, wie verloren eine Gesellschaft ist, wenn ihr das Fundament einer politischen Zivilgesellschaft fehlt.



### Gelebte Praxis

FLUCHTpunkt in Innsbruck übersetzt die demokratischen Grundübereinkünfte seit nunmehr 25 Jahren tagtäglich in gelebte Praxis. FLUCHTpunkt gehört zum demokratischen Fundament in dem Sinne, als er sich für eine Säule unserer Demokratie engagiert, nämlich für die universellen Rechte auf Grund des Menschseins. FLUCHTpunkt ist Teil des Fundaments, auf dem eine liberal-repräsentative Demokratie erst funktionieren kann, erst lebendig wird, beseelt ist. Denn das Engagement für Rechte für alle ist ein Engagement für die Sicherung der Demokratie für uns, für alle.

FLUCHTpunkt ist somit ein notwendiges politisches Korrektiv; ein Korrektiv, das laut sein kann und laut sein muss, wenn Gewählte die demokratische Spur verlassen; ein Korrektiv, wenn die Gesellschaft dabei ist, den Pfad der Demokratie zu verlieren. Die Interventionen von FLUCHTpunkt rütteln wach, wenn universelle Rechte, die in internationalen Vereinbarungen zwar abgesichert und national-staatlich ratifiziert sind, praktisch unter Druck kommen.

Wir kennen die Aussage, wonach die Zivilgesellschaft insbesondere in der Flüchtlingsarbeit Aufgaben übernehme, die eigentlich dem Staat obliegen würden. Ja, an dieser Aussage ist einiges dran. Aber in einer solidarischen Gesellschaft ist das Problem nicht, dass die Zivilgesellschaft kollektive, gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernimmt. Denn zivilgesellschaftliche Einrichtungen können bestimmte Aufgaben besser erbringen, z.B. weil sie empathischer auf der Seite der Machtlosen stehen als staatliche Einrichtungen, die zwar nach bürokratischen Regeln arbeiten, deren Praxis oft dennoch intransparent und Zufall der politischen Einstellung der zuständigen Person abhängig ist. Das Problem, dass die Flüchtlingsarbeit an der Zivilgesellschaft hängen bleibt, ist vielmehr, dass dafür die finanziellen Ressourcen fehlen, dass das gesellschaftliche Bewusstsein, dass es sich hier eine Arbeit von immens gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erbracht wird, fehlt.

FLUCHTpunkt ist Fundament der europäischen Werte und Korrektiv reduzierter Narrative zahlreicher politischer Repräsentant\*innen zugleich. Treten wir deshalb dafür ein, dass FLUCHTpunkt nicht nur weiterhin seine Aufgaben machen kann, sondern dass die Bedingungen so sind, dass das Engagement erfolgreich sein kann und es immer wieder auch Freude macht!

*Der Text wurde von Sieglinde Rosenberger als Rede beim 25-Jahres-Fest der Arge Schubhaft/FLUCHTpunkt gehalten.*

## Genau so weitermachen! Hommage an das Projekt FLUCHTpunkt des Vereins Arge Schubhaft

Von Marco Frei, Radio Melanz

Menschen flüchten in Ausreden, Tagträume, Musikstücke, Liebesromane, Affären und hochpreisige Urlaubsdestinationen. Sie flüchten in den Rausch, den Konsum, in Nostalgie, Religion, Social Media und Telegram-Gruppen, in Utopien, Lügen und Wunschvorstellungen, wie denn nun alles regulär zu sein hätte, wenn es nach ihnen ginge.

Das wird akzeptiert und anerkannt.

Menschen flüchten aber auch vor Krieg, Terror, Folter, Homophobie, wirtschaftlicher Ausweglosigkeit, sexuellem Missbrauch, totalitären Systemen, dem Klimawandel, dem vor Ort herrschenden Zeitgeist, der Vergangenheit, der Zukunft, dem Ungewissen und dem Fixierten – wenn sie bleiben.

Das wird flächendeckend nicht anerkannt.

Weil mehrheitlich die Gabe fehlt, sich in andere Menschen hinein zu versetzen, sich vorzustellen, was es heißt, alles hinter sich zu lassen, nur des blanken Lebens Willens oder einem Hauch von Chance in diesem Leben, das uns bleibt.

Die gesellschaftliche Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied und das schwächste Glied sind Menschen, die andere Menschen hassen, aus Gründen, die sie selbst nicht verstehen und begreifen können.

Weil sie glauben, etwas Besseres zu sein.

Was sie aber nicht sein können, weil jede Existenz im Grunde gleich viel wert ist – im Guten wie im Schlechten.

Ich bedanke mich bei FLUCHTpunkt für seine Arbeit und den steten Kampf für Würde, Menschlichkeit und Chancen. Und für die beiden Sendungen mit Frauke Schacht. Was für ein Humor! – trotz Allem. Und natürlich für die Möglichkeit, beim heurigen Sommerfest im Treibhaus Doro Blancke kennengelernt haben zu dürfen. Sie ist ein weiteres Vorbild, neben Ute Bock. – Bitte genau so weitermachen!

*Rede beim 25-Jahr-Fest der ARGE Schubhaft/FLUCHTpunkt*



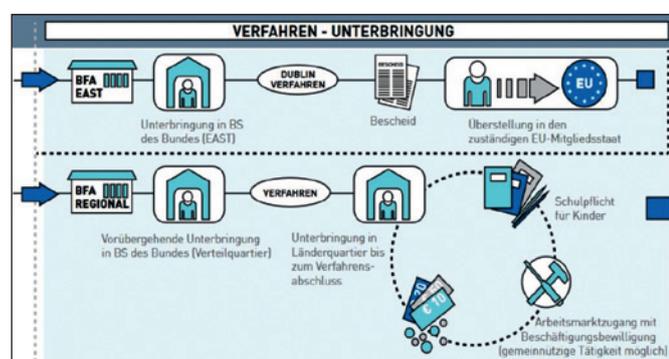
## Fakten zum Asylsystem

Von Lukas Gahleitner-Gertz, Asylkoordination Österreich

„#Traiskirchen ist voll!“ – „Belastungsgrenze erreicht!“ lauten die Schlagzeilen wieder einmal. Ist unser Asylsystem also doch überfordert? Was versteckt sich tatsächlich hinter dieser Meldung?

Wichtig zu wissen: Es gibt zwei Stadien des Asylverfahrens:

1. Zulassungsverfahren: Hier wird geprüft, ob Österreich für das Verfahren zuständig ist: Die Unterbringung und die Versorgung sind Aufgabe des Bundes.
2. inhaltliches Verfahren: Bei zugelassenen Verfahren sind die Bundesländer für Unterbringung und Versorgung zuständig.



Zuständig für die Grundversorgung in Stadium 1 ist das Innenministerium durch ihre ausgelagerte Agentur BBU GmbH. Diese betreibt Bundesbetreuungseinrichtungen in acht Bundesländern mit einer Gesamtkapazität von ca. 6.900 Plätzen. Traiskirchen ist die größte Einrichtung. Angesichts 55.000 registrierter Anträge bis Ende August überrascht es auf ersten Blick nicht, dass die 1.800 Plätze in Traiskirchen und die knapp 7.000 Bundesplätze voll sind.

Die Ursache, warum „Traiskirchen voll“ ist, sind aber nicht die vielen Anträge. And here is why: Ausgangspunkt Grundversorgungszahlen: Diese Statistik schlägt schneller an als die Verfahrensstatistik des Bundesamts für Asyl (BFA). Warum: Wer nicht mehr da ist, kriegt kein Geld und ist raus!

Lasst uns daher die Zahlen zur Grundversorgung von Ende 2019 mit 29. August 2022 vergleichen. Grundversorgung bekommen nicht nur Asylwerber:innen, sondern auch „sonstige Fremde“. Sonstige Fremde sind Asylberechtigte in den ersten 4 Monaten, subsidiär Schutzberechtigte, die nicht arbeiten und Vertriebene aus der Ukraine. Insgesamt 2019: 31.000 / insgesamt Aug. 22: 90.000. Ohne „sonstige Fremde“ (davon ca. 57.000 Ukrainer:innen, die keine Asylwerber:innen und nicht in Bundesbetreuung sind) sehen wir, dass derzeit 18.463 Asylwerber:innen in Grundversorgung sind. Das sind zwei pro 1000 Einwohner:innen in Österreich. Und genau 150 Personen oder 1 % mehr als Ende 2019. (18.463 zu 18.313).

Die Anzahl der Grundversorgungsbezieher:innen hat sich seit 2019 verdreifacht (+191 %). Das liegt an den Ukraine-Vertriebenen (AT BFA +15.000 %) während die Anzahl der Asylwerber:innen nahezu gleich ist wie 2019 (+1 %). In fast allen Bundesländern gibt es weniger Asylwerber:innen als im Jahr 2019. Aber: über +450 % in den Bundeseinrichtungen!

**Asylwerber:innen in Bundeseinrichtungen (BBE)**

2019: 1.000 / 2022: 6.000

**Asylwerber:innen in Grundversorgung in Bundesländern**

2019: 17.000 / 2022: 12.000

Ca. 70 % aller Asylwerber:innen in den Bundeseinrichtungen sind zum Verfahren zugelassen und müssten von den Bundesländern übernommen werden. Das Problem liegt also nicht (primär) an den Antragszahlen, sondern an der Verteilung. „Traiskirchen ist voll“ – ja, weil die Bundesländer (mit Ausnahme von Wien und Burgenland) ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Es ist kein Notstand, sondern ein Managementproblem.

Woran liegt das, was kann getan werden?

- Schnellverfahren für offensichtlich begründete Anträge aus Syrien und Afghanistan würde die Belegung der Bundeseinrichtungen um ein Drittel reduzieren.
- Die Erhöhung der Grundversorgung wurde bisher nur in Wien und Tirol umgesetzt. Es braucht mehr Tempo, um Quartiere in den Bundesländern zu schaffen.
- Ukraine-Vertriebene müssen raus aus Grundversorgung und in die Sozialhilfe überführt werden. Sie sind in der Regel nicht in den Bundeseinrichtungen, aber wegen geringer Grundversorgung und Zuverdienstgrenze ist eine Arbeitsmarktintegration schwierig. Ein Wechsel würde auch die Kapazitäten in den Bundesländern für „normale“ Asylwerber:innen erhöhen.

**Fazit:**

Es gibt trotz sehr hoher Antragszahlen nicht mehr Personen, die in Österreich bleiben und Grundversorgung bekommen. Es gibt einen Flaschenhals bei der Unterbringung von Asylwerber:innen in Österreich. Es ist ein Verteilungsproblem. Und: Es gibt Lösungen dafür.

Aus: #Asylfakt18

Mit freundlicher Genehmigung der Asylkoordination Österreich

## „Eine Lösung liegt auf der Hand“ – Der Vorschlag der NGOs zur Unterbringung von geflüchteten Menschen in Österreich

Ende September 2022 haben NGOs konkrete Vorschläge zur Lösung für die von Bund und Ländern verursachte Verteilungskrise präsentiert – Von Amnesty International, Asylkoordination, Caritas, Diakonie, Doro Blancke Flüchtlingshilfe, Integrationshaus Wien, Samariterbund, SOS Mitmensch, Tralalobe, Volkshilfe.

„Die aktuell mangelnde Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bereich der Flüchtlings-Unterbringung führt wie bereits in der Vergangenheit zu einem Versorgungsengpass zu Lasten schutzsuchender Menschen in Österreich“, kritisieren Amnesty, Asylkoordination, Caritas, Diakonie, Volkshilfe und andere Sozialorganisationen. Dabei sei die Aufgabenverteilung eigentlich ganz klar: Der Bund muss Menschen bis zur Zulassung ihres Asylverfahrens in Österreich unterbringen und versorgen. Nach Zulassung zum Asylverfahren haben sich die Länder in der Grundversorgungsvereinbarung verpflichtet, diese Aufgabe binnen zwei Wochen zu übernehmen. Durch seine Unfähigkeit, die Unterbringung von Geflüchteten und Asylwerber\*innen adäquat sicher zu stellen, drohe der Staat

Österreich Menschenrechte zu verletzen, bringt es die Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, Annemarie Schlack, auf den Punkt: „Das ist ein weitreichendes strukturelles Versagen des Staates im Umgang mit Asylwerber\*innen.“

Amnesty, Asylkoordination, Caritas, Diakonie, Integrationshaus, Samariterbund, SOS-Mitmensch und Volkshilfe sind sich einig, dass die aktuelle Krise in der Versorgung von Geflüchteten vor allem auf administrative Fehler zurückzuführen sei. Die in einem 7-Punkte-Plan vorgeschlagenen Maßnahmen seien eine einfache und schnell umsetzbare Möglichkeit, ein System zu etablieren, das die Menschenrechte von Geflüchteten schützt und gleichzeitig den Staat in die Verantwortung nimmt.



Kundgebung in Absam Ende Oktober gegen die Zelte für Flüchtlinge am Ortsrand

## Private Wohnraum-Spender:innen: finanzielle Aufwände abgeltet

Denn derzeit wird der Staat dieser Verantwortung nicht gerecht: „Seit Beginn des Ukraine-Krieges im Februar springen private Wohnungseigentümer\*innen ein und haben dem Staat damit viel Aufwand und Geld erspart. Dieser Einsatz und das Engagement der Zivilgesellschaft muss jetzt dringend abgegolten werden, sonst springen die Menschen ab“, warnt Diakonie Direktorin Maria Katharina Moser. „Wir schlagen eine dauerhafte Erhöhung der Miet-Unterstützung für privat wohnende Geflüchtete vor“, so Moser. Überlegenswert wäre auch eine steuerliche Begünstigung für diesen Dienst an der Allgemeinheit. Denn es ist angesichts der Teuerungen täglich weniger selbstverständlich, dass Private eine weitere Familie mitversorgen, ohne dafür ausreichend finanzielle Unterstützung zu bekommen.

## Verteilung auf die Bundesländer dringend notwendig

Die Herausforderungen sind enorm, die Ukraine-Krise nicht vorbei – im Gegenteil, es ist mit weiteren Vertriebenen aus der Ukraine zu rechnen – und dazu kommen steigende Asylanträge, so Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich: „Hier kommen mehrere Faktoren zusammen. Umso dringender muss die Verteilung von geflüchteten Menschen über ganz Österreich sichergestellt werden. Wien und die Bundesquartiere tragen im Moment die Hauptlast. Jetzt sind die Bundesländer, Gemeinden und Städte gefordert, dringend

Quartiere zu organisieren. Wir als Hilfsorganisationen stehen bereit, die Unterbringung und Begleitung zu übernehmen, sofern die finanziellen Rahmenbedingungen endlich den realen Kosten angepasst werden.“

## Träger von Flüchtlingsquartieren bleiben auf ihren Kosten sitzen

Um neue organisierte Flüchtlingsquartiere zu schaffen, und bestehende weiterführen zu können, braucht es für die Zukunft finanzielle Sicherheit für die Betreiber:innen.

„Die realen Kosten für die Errichtung und den Betrieb von organisierten Quartieren müssen abgedeckt werden. Die Kostenersätze, die bisher bezahlt werden, wurden zuletzt vor sieben Jahren angepasst. So geht das nicht!“, kritisiert Erich Fenninger, Direktor der Volkshilfe Österreich.

„Die in diesem Jahr beschlossene Erhöhung der Kostensätze war zu wenig. Sie ist bereits jetzt von den Teuerungen aufgezehrt. Und das, wo sie noch nicht einmal in allen Bundesländern zur Auszahlung gelangt ist“, so Fenninger.

## Schnell-Verfahren für klare Fälle gefordert

Die Quartiere, die eigentlich für neu ankommende Schutzsuchende bereitstehen sollten, sind aktuell bewohnt von Menschen, die längst einen Schritt weiter sein sollten.

„Auch der Bund muss seinen Teil leisten um den Flaschenhals in der Unterbringung Schutzsuchender aufzulösen: Der Großteil der Menschen in den Bundesquartieren kommt aus Syrien und Afghanistan. Diese offensichtlich begründeten Anträge müssen vom BFA im Rahmen eines Schnellverfahrens rasch positiv erledigt und der monatelangen unsinnigen Zermürbung der Schutzsuchenden in Großlagern ein Ende gesetzt werden“, so Lukas Gahleitner-Gertz, Asylkoordination Österreich abschließend.

## 7 Punkte-Sofortmaßnahmen-Plan

Die 10 Organisationen haben einen „7 Punkte-Plan“ vorgelegt. Die darin empfohlenen Maßnahmen ermöglichen es, die drohende Unterbringungskrise abzuwenden. Die Politik ist gefragt, endlich eine nachhaltige Reform des Systems der Flüchtlings-Grundversorgung anzugehen. „Es ist fundamental wichtig, dass ein solches System auf Schwankungen bei Asyl-Antragszahlen reagiert, und das Land nicht immer wieder vor den selben Herausforderungen steht“, betonen alle unterzeichnenden Organisationen.

(Presseausendung, 23. 9. 2022)



# Sieben Maßnahmen, die rasch umgesetzt werden können

## NGOs zur Bekämpfung der Managementkrise in der Grundversorgung

Mangelnde Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bereich der Grundversorgung und Missachtung gesetzlicher Vorgaben führt zu einem Versorgungsengpass zu Lasten schutzsuchender Menschen in Österreich. Aufgabe des Bundes ist es, Menschen bis zur Zulassung ihres Asylverfahrens in Österreich unterzubringen und zu versorgen. Nach Zulassung des Verfahrens haben sich die Länder in der Grundversorgungsvereinbarung verpflichtet, diese Aufgabe binnen zwei Wochen zu übernehmen.

Ende August 2022 befanden sich 6.784 Schutzsuchende in Erstaufnahmestellen des Bundes. Die Kapazitäten des Bundes sind damit erreicht. Grund dafür ist die mangelhafte Kooperation von Bund und Ländern: 74 % dieser Personen (4.514 Schutzsuchende, darunter 226 unbegleitete Minderjährige) sind bereits zum Asylverfahren zugelassen und müssten von den Bundesländern zur Versorgung und Unterbringung übernommen werden. Aufgrund dieses Verteilungsproblems sind die Kapazitäten des Bundes restlos erschöpft, gleichzeitig werden aber in den Bundesländern ca. 5.000 Asylwerber:innen weniger versorgt als etwas 2019.

Während sich im Vergleich zu Ende 2019 insgesamt nur 150 Asylwerber:innen mehr (+1 %) in Österreich in Grundversorgung befinden, sind über ein Drittel aller Asylwerber:innen nunmehr in Bundesgrundversorgung untergebracht (+450 % im Vergleich zu Ende 2019).

Neben den ca. 19.000 Asylwerber:innen befinden sich derzeit ca. 60.000 Ukrainer:innen mit Vertriebenenstatus und ca. 10.000 Menschen mit Asylstatus oder subsidiärem Schutzstatus in Grundversorgung. Die Überlastung des Grundversorgungssystems ist daher nicht primär auf die Zahl der Antragsteller:innen im regulären Asylsystem zurückzuführen, sondern vor allem auch darauf, dass die bislang größtenteils privat untergebrachten Ukrainer:innen jetzt ebenfalls verstärkt auf organisierte Quartiere zurückgreifen müssen. Das ist wiederum auf die mangelnde Unterstützung für private Quartiergeber:innen der 45.000 Ukrainer:innen durch den Staat, den sie bei der Wahrnehmung seiner Aufgabe maßgeblich unterstützen, zurückzuführen. Zusammengefasst: Die mangelnde Übernahme von Asylwerber:innen in die Landesgrundversorgung führt zu einer Überlastung der Grundversorgungsquartiere des Bundes. Die Bundesländer haben außerdem keine zusätzlichen Quartiere für nicht-ukrainische Personen in Grundversorgung geschaffen.

Die grundsätzliche Neuaufstellung des dysfunktionalen Grundversorgungssystems ist überfällig und muss jetzt angegangen werden.

Unmittelbar müssen jetzt Schritte gesetzt werden, die eine menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden noch vor dem Winter gewährleisten. Dafür braucht es folgende 7 Maßnahmen:

### 1. Schnellverfahren für Menschen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit

Anfang August 2022 verzeichnete Österreich in der 1. Asylinstanz ca. 15.000 anhängige Asylverfahren von Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan. Die Anerkennungswahrscheinlichkeit für diese beiden Personengruppen liegt über 90 Prozent. Schnellverfahren und Statusgewährung von offensichtlich begründeten Anträgen aus diesen Herkunftsstaaten würden daher sehr rasch ca. 1/3 der Unterbringungsplätze in der Bundesgrundversorgung und Kapazitäten im Grundversorgungssystem insgesamt freigeben.

### 2. Steuerlicher Absetzbetrag für private Quartiergeber:innen

Schlüssel für die vom Innenminister versprochene unbürokratische und rasche Aufnahme ukrainischer Geflüchteter war von Anfang an die Unterbringung in privaten Quartieren/Wohnungen. Das beeindruckende Engagement der Zivilgesellschaft hat dem Staat viel Geld und Organisation erspart. Aufgrund der ausbleibenden staatlichen Unterstützung im Zusammenhang mit der Teuerung müssen nun viele Quartiergeber:innen ihre Hilfeleistung einstellen. Um die private Unterbringung weiterhin zu ermöglichen und auch für nicht-ukrainische Schutzsuchende auszubauen brauchte es eine klare und unmissverständliche Anerkennung von Seiten des Staates: Privaten Unterkunftgeber:innen sollen eine staatliche Unterstützung in Form eines steuerlichen Absetzbetrages für eine mehr als sechsmontatige Unterbringung von Schutzsuchenden gewährt werden. Gleichzeitig muss es eine Anlaufstelle für diese in den Ländern geben, Standards in der Unterbringung müssen auch im privaten Bereich etabliert und deren Einhaltung kontrolliert werden.

### 3. Kostendeckung für die Arbeit organisierter Quartiergeber:innen: Sofortige Auszahlung der erhöhten Grundversorgungsbeiträge, automatische Valorisierung der Kostensätze + zusätzlicher Teuerungsausgleich

Hilfsorganisationen stemmen eine wesentliche Säule des österreichischen Grundversorgungssystems: Die Betreuung von Schutzsuchenden in organisierten Quartieren. Sie können diese Arbeit aber nicht kostendeckend erledigen: Obwohl bereits im März die politische Einigung zur Erhöhung der Kostensätze für „organisierte Quartiere“ vom Innenminister verkündet wurde, wird diese vorerst nur von Wien, Kärnten und Tirol ausgezahlt. Die noch nicht erfolgte Anpassung in den anderen Bundesländern führt dazu, dass die ohnehin schwierige Quartier- und Personalsuche noch zusätzlich erschwert wird.

Aufgrund der massiven Teuerung ist eine weitere Erhöhung der Sätze in Form einer automatisierten Valorisierung nötig, um eine kosten-deckende Organisation der Quartiere überhaupt zu ermöglichen. Um den Flaschenhals in der Bundesbetreuung aufzulösen müssen rasch Quartiere in den Bundesländern geschaffen werden: Dafür müssen die Hilfsorganisationen als Partner gesehen werden und von Bund und Ländern die Übernahme von Anlauf-, Schließungs- und Vorhaltekosten verbindlich zugesichert werden. Insbesondere für die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Gruppen wie unbegleitete Kinder und Jugendliche müssen endlich höhere Tagsätze zur Verfügung gestellt werden.

#### 4. Unterstützung der Gemeinden

Der Löwenanteil der Aufnahme- und Integrationsarbeit erfolgt in den über 2.000 Gemeinden dieses Landes. Diese sind erste Anlaufstellen bei Unterkunft, Kinderbetreuung, Transport, Freizeitangebote und Aufnahme in die Gemeinschaft. Um nicht auf Großlager angewiesen zu sein braucht es die Unterstützung dieser Struktur, die kleinteilige Aufnahme ermöglicht. Aufnahmebereite Gemeinden müssen organisatorisch und finanziell bei dieser Aufgabe von Bund und Ländern unterstützt werden. Dazu braucht es geeignete Austauschformate und finanzielle Unterstützung. Sowohl die Gemeinden und Quartiergeber, als auch die untergebrachten Geflüchteten brauchen eine zusätzliche Sozialberatungsstruktur, an die sie sich mit ihren Problemen wenden können.

#### 5. Subsidiär Schutzberechtigte zurück ins Sozialhilfesystem

Subsidiär Schutzberechtigte konnten bis vor wenigen Jahren bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen. Da sie, genau wie anerkannte Flüchtlinge, über einen Schutzstatus verfügen, sind sie im Grundversorgungssystem (dessen Sinn die vorübergehende Basisversorgung während der Dauer des Asylverfahrens ist), ohnehin fehl am Platz. Über den Zugang zur Sozialhilfe könnten sie in selbst angemietete Wohnungen ziehen, rascher Arbeit finden und selbsterhaltungsfähig werden, anstatt Grundversorgungsplätze auf nicht absehbare Zeit zu blockieren.

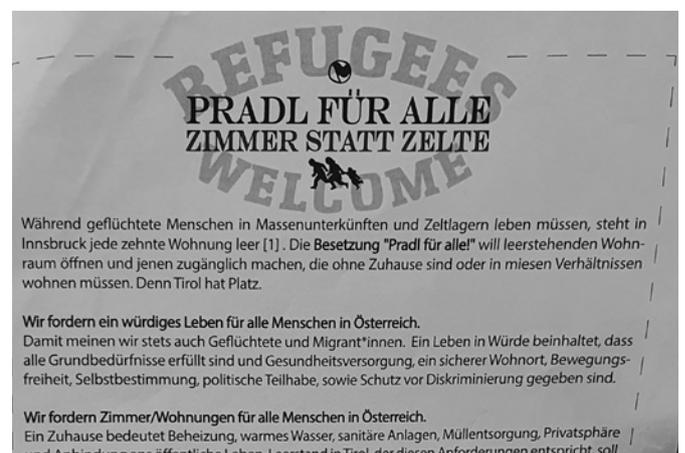
#### 6. Überführung der Vertriebenen aus der Ukraine ins Sozialhilfesystem

Geflüchtete mit Vertriebenenstatus haben über die EU-Temporary Protection Richtlinie ebenfalls einen asylrechtlichen Status. Sie sollten gleich behandelt werden wie Personen, die als Flüchtlinge anerkannt wurden und somit Zugang zur Sozialhilfe haben. Bei einer dauerhaften Arbeitsaufnahme sollte dies unmittelbar möglich sein. Für alle anderen Ukraine-Vertriebenen nach spätestens einem Jahr Aufenthaltsdauer. Die Ukraine-Vertriebenen befinden sich bisher noch zu 90 Prozent in Privatquartieren und beanspruchen kaum

organisierte Quartiere. Das ändert sich aber aktuell, weil das Wohnen sowohl für die privaten Unterkunftgeber:innen, als auch für die Vertriebenen, zunehmend nicht mehr leistbar ist. Die Überführung dieser Personen ins Sozialhilfesystem könnte befreit diese von der Inaktivitätsfalle Grundversorgung und schafft gleichzeitig Kapazitäten für andere Schutzsuchende, die momentan in großen Lagern auf Übernahme warten müssen.

#### 7. Unbegleitete Minderjährige gesondert unterbringen

Die Erstaufnahmestellen des Bundes sind kein Platz für allein reisende Kinder und Jugendliche. Über 200 von den 770 dort Anfang September 2022 aufhältigen Kindern und Jugendlichen waren bereits zum Verfahren zugelassen und sollten längst in der Obhut einer obsorgeberechtigten Person in geeigneten Landesquartieren sein. Als Sofortmaßnahme sollten sämtliche Kinder und Jugendliche in sozialpädagogisch betreuten Clearinghäusern untergebracht werden. Aus diesen Clearinghäusern heraus kann dann die Unterbringung in geeignete Wohnformen der Landesgrundversorgung erfolgen.



„Zimmer statt Zelte“ – Hausbesetzung in Innsbruck-Pradl

## Viele Anträge, keine Überlastung: Warum es zu keiner Asylkrise kommen wird

Gespräch mit Lukas Gahleitner-Gertz, Asylkoordination Österreich, Interview: Sebastian Panny, moment.at

Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) hat im Spätsommer mit seinen Auftritten vielfach für Empörung gesorgt. Er präsentierte etwa eine Plakatkampagne mit dem Slogan „No Way, No Chance“, die mögliche Asylwerber:innen bereits im Heimatland von der Reise nach Österreich abhalten sollte, deren Nutzen von Expert:innen bezweifelt wird. Kurz darauf kam es zu einem denkwürdigen Auftritt in der ZIB2, bei dem Karner eine rechtswidrige Abschiebung relativierte. Dass der Innenminister immer wieder Pressekonferenzen, Interviews und Aussendungen zu Migration macht, ist kein Zufall. Die ÖVP versucht, das Thema wieder in den Fokus zu rücken und sich als Hardliner zu positionieren. Sie warnt, gemeinsam mit einigen Medien, vor einer möglichen Überlastung des Asylsystems und einer „Asylkrise“. Was ist an den Warnungen dran und stecken Fakten dahinter? Wir haben *Lukas Gahleitner-Gertz* von der *Asylkoordination Österreich* dazu befragt.

**Panny:** Gibt es wirklich so hohe Zahlen bei den Asylanträgen und ist das Asylsystem deswegen überlastet?

**Lukas Gahleitner-Gertz:** Es gibt aktuell tatsächlich hohe Zahlen bei den Anträgen. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass die Aussagekraft von der Menge der Asylanträge einfach nicht mehr dieselbe ist, wie früher. Man kann daraus nicht ableiten, dass diese Menschen auch tatsächlich in Österreich ein Verfahren haben werden.

Bei genauem Blick auf die Zahlen sieht man, dass ein großer Teil dieser Menschen in andere Länder weiterzieht. Bei der Antragsstatistik scheinen diese Personen zwar auf, aber in der Grundversorgung bleiben die Zahlen stabil auf dem gleichen Niveau. Es kann keine Rede davon sein, dass wir eine Belastungsgrenze bei den Asylverfahren erreichen.

**Panny:** Was bedeuten die hohen Zahlen für die Behörden in der Praxis?

**Gahleitner-Gertz:** Zu Beginn bedeutet es einen Mehraufwand. Die Menschen müssen registriert werden und ihnen werden Fingerabdrücke abgenommen. Anfang August hat die Polizei allerdings ihr Vorgehen geändert: Früher wurde nach dem Prozedere auch noch ein Interview geführt. Jetzt wird den Menschen ein Zugticket in die Hand gedrückt, damit sie in die Bundesländer fahren.

Es gibt also einen Mehraufwand, der ist aber sehr beschränkt und kann gut gemeistert werden. Bei den Asylverfahren, der Versorgung und der Betreuung dieser Menschen, kann nicht von einer wesentlichen Belastung die Rede sein.

**Viele ziehen weiter, vor allem Menschen aus Afghanistan und aus Indien, Tunesien, Marokko**

**Panny:** Warum ziehen eigentlich so viele Menschen weiter, die einen Asylantrag stellen?

**Gahleitner-Gertz:** Wir müssen uns ansehen, woher die Menschen kommen. Die meisten Antragsteller kommen unverändert aus Syrien und Afghanistan. Die haben eine fast hundertprozentige Chance, einen Aufenthaltstitel zu bekommen. Es finden außerdem praktisch keine Abschiebungen in diese Länder statt.

Interessanterweise sind Menschen aus Afghanistan die Gruppe, die am häufigsten weiterzieht. Zwischen 50 % und 60 % von denen, die einen Antrag stellen, ziehen weiter. Das verwundert natürlich. Aber eine mögliche Erklärung dafür ist, dass die Menschen am Anfang ihres Zulassungsverfahrens in Lagern sein müssen. Und das dauert aktuell immer länger. Die Menschen werden nicht in Bundesländer überstellt. Das erweckt bei ihnen den Eindruck, dass nichts weitergeht.

Die anderen Flüchtlingsgruppen, die prozentuell stark vertreten sind – etwa Menschen aus Indien, Tunesien oder Marokko –, haben ihre Community vor allem in Ländern wie Italien oder Spanien. Die ziehen oft dorthin weiter, um einen Arbeitsplatz im landwirtschaftlichen Bereich zu finden.

**Panny:** Warum müssen die Menschen so lange warten, bis sie in die Bundesländer überstellt werden?

**Gahleitner-Gertz:** Das Problem sind auf jeden Fall nicht die vielen Asylanträge. Wir haben nämlich genau so viele Menschen in der Grundversorgung, wie vor zwei Jahren. Die Verteilung innerhalb Österreichs funktioniert nicht, wir haben einen Flaschenhals in der Bundesbetreuung, bei der Menschen monatelang in Lagern verharren müssen.

Eigentlich haben die Bundesländer die Verpflichtung, Menschen zu übernehmen, sobald ihr Verfahren in Österreich zugelassen ist. Derzeit sind fast drei Viertel der Antragsteller in den Bundesbetreuungseinrichtungen zugelassen und sollten daher gar nicht mehr dort sein, sondern auf die Länder verteilt werden. Aber die kommen ihren Verpflichtungen hier nicht nach.

Einerseits stehen Wahlkämpfe im Hintergrund, andererseits gibt es ein großes finanzielles Problem. Die Unterbringung in den Ländern wird ja meistens von nicht-staatlichen Organisationen gemacht. Im

März wurde der Tagessatz für die Grundversorgung von 21 € auf 25 € täglich für jeden Asylwerber angehoben. Das ist die erste Anpassung seit Jahren, mit der man einen Schritt in Richtung Kostendeckung machen kann. Davon, dass das lukrativ ist, sind wir natürlich weit entfernt.

Diese Erhöhung wurde zwar bereits im Nationalrat beschlossen, aber bis auf Wien und Tirol zahlt die noch niemand aus. Um mehr Quartiere in den Bundesländern zu finden, braucht es aber mehr Geld. Da herrscht ein großes Missmanagement. Das nimmt man aber offensichtlich gerne in Kauf, um gewisse Bilder zu erzeugen – etwa, dass das Lager in Traiskirchen so überfüllt ist. Dabei haben wir einfach ein Verteilungsproblem.

### Es braucht legale Flucht- und Migrationsmöglichkeiten – auch um der Schlepperei die Grundlage zu entziehen

**Panny:** Was steckt eigentlich hinter dem Sager von Innenminister Karner, dass Menschen aus Urlaubsländern bei uns kein Asyl bekommen können?

**Gahleitner-Gertz:** Das ist ganz einfach populistisch und faktenwidrig. Es geht dabei nicht um Information, sondern um Abschreckung. Man kann nicht einfach behaupten, dass es für Menschen aus gewissen Ländern keinen Schutz gibt. Es geht immer um eine Entscheidung im Einzelfall. Natürlich sind die Schutzquoten für manche Länder höher. Aber auch für Menschen aus Marokko, Pakistan oder Tunesien gibt es immer wieder Schutz.

Die Aussage und die Plakatkampagne sind eher für das Inland gemacht, um der Bevölkerung zu suggerieren, dass man was macht. 260.000 € in so eine Abschreckungskampagne zu investieren, halte ich für ein wenig zielführendes Mittel, irreguläre Migration zu bekämpfen.

Um der Schlepperei wirksam die Geschäftsgrundlage zu entziehen, braucht es endlich legale Flucht- und Migrationsmöglichkeiten – durchaus mit Bedingungen. Wenn es dagegen Verstöße gibt, kann etwa das Visum durchaus verfallen. Die Maßnahmen, die derzeit gewählt werden, halte ich aber für nicht effektiv.

**Panny:** Kommt jetzt eine Asylkrise auf uns zu, wie so manche Politiker:innen und Medien prophezeien?

**Gahleitner-Gertz:** Beim Asylsystem sehe ich überhaupt keine Krise. Wir haben dieselben Antragszahlen, die Behörden haben die notwendigen Mittel, um Schnellverfahren durchzuführen. Der Rückstau bei den Fällen wurde von der zweiten Instanz recht erfolgreich abgebaut. Unser System ist eigentlich allem gut gewappnet.

Wir haben neben dem normalen System auch sehr viele Schutzberechtigte aus der Ukraine. Die stellen momentan den weitaus größten Anteil der Schutzsuchenden. Trotzdem redet das Innenminis-

terium lieber über 2000 indische Asylsuchende, die ohnehin binnen Tagen weiterziehen.

**Panny:** Wie gut ist Österreich sonst mit der Hilfe für die Ukrainer:innen zurechtgekommen?

**Gahleitner-Gertz:** Es war auf jeden Fall ein gutes Zeichen des Innenministers, dass er den Menschen gleich am Anfang rasche und unbürokratische Hilfe zugesichert hat. Das hat die Stimmung auf jeden Fall positiv beeinflusst.

Seither ist aber wenig passiert, alles geht nur sehr langsam. Eigentlich ist das System darauf eingestellt, dass die Menschen organisiert untergebracht sind, die Verwaltung hatte Probleme, mit der Situation umzugehen. Derzeit sind zwischen 57.000 und 58.000 Menschen aus der Ukraine in der Grundversorgung untergebracht. Zum Vergleich: Im regulären System befindet sich etwa ein Drittel davon.

Schön langsam kommt das System in die Gänge. Doch speziell die Landesverwaltungen, die ja für die Versorgung verantwortlich sind, sind oft überfordert. Im Winter könnte es dazu kommen, dass noch mehr Menschen aus der Ukraine zu uns kommen. Es braucht das Bewusstsein, dass diese Situation noch lange nicht vorbei ist.

*moment.at ist ein Online-Medium des SPÖ-nahen Momentum Instituts. Das Interview wurde FLUCHTpunkt dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.*



„Home“

# Stimmen von Menschen für Menschen

## Aufgelesen bei der Pass-Egal-Wahl zur Präsidentschaftswahl

Stimmen, Vibrationen und Gefühle, Emotionen, Kommunikation und Beziehungen sind ein Teil der ARTikulation zueinander, füreinander – Hand in Hand, Wort für Wort. Was wären wir ohne Möglichkeiten, sich selbst und andere verstehen zu dürfen? Verstehbarkeit jedoch setzt voraus, zuzuhören, manchmal auch stehen zu lassen und emotional geprägte Aussagen zu akzeptieren, insbesondere, wenn diese lebensentscheidend sind – selbst wenn sie nicht zu unseren eigenen Wegen passen mögen.

Wege sind unterschiedlich lang – die einen beschwerlich, die anderen gemütlich ... einige jedoch schicksalsbehaftet und noch facettenreicher als die des einen oder anderen. Egal, wo wir hingehen, es gibt immer etwas zu sehen und zu erzählen, so wie hier zum Thema: „Staatsangehörigkeit – Was wäre, wenn ...“

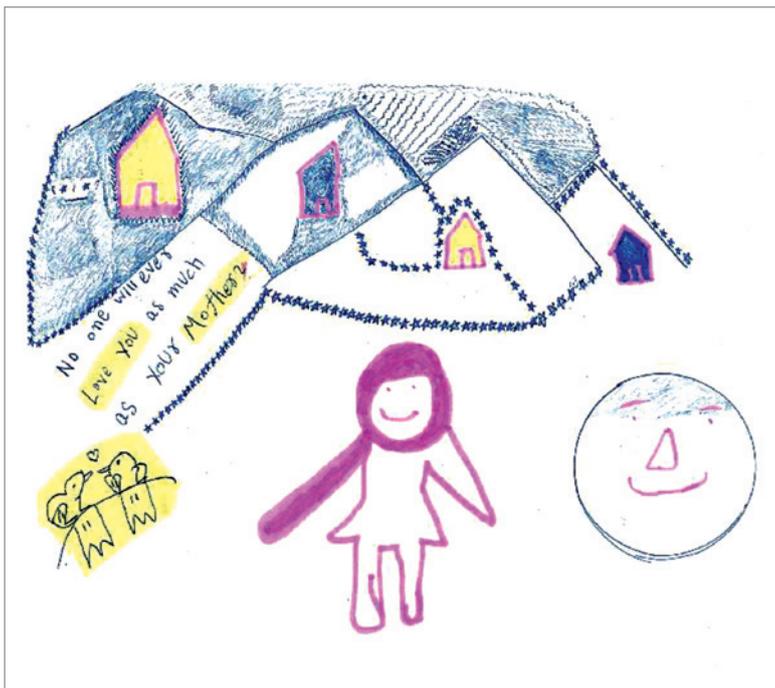
Im Zuge der Bundespräsidentschaftswahl am 9. Oktober 2022 in Österreich fand landes- und bundesweit erneut die „Pass-Egal-Wahl“ zwischen dem 26. September und 4. Oktober 2022 statt, die von verschiedenen Organisationen durchgeführt wurde. In Innsbruck wirkten der Verein Frauen aus allen Ländern, das Haus der Begegnung, der Diakonie Flüchtlingsdienst und die Plattform Asyl – Für Menschen Rechte mit. Wir durften die Plattform Asyl am 4.10.2022 an der Annasäule der Maria-Theresien-Straße in Innsbruck begleiten und einige Interviews führen.

### Hier ein paar Stimmen von Menschen – für Menschen:

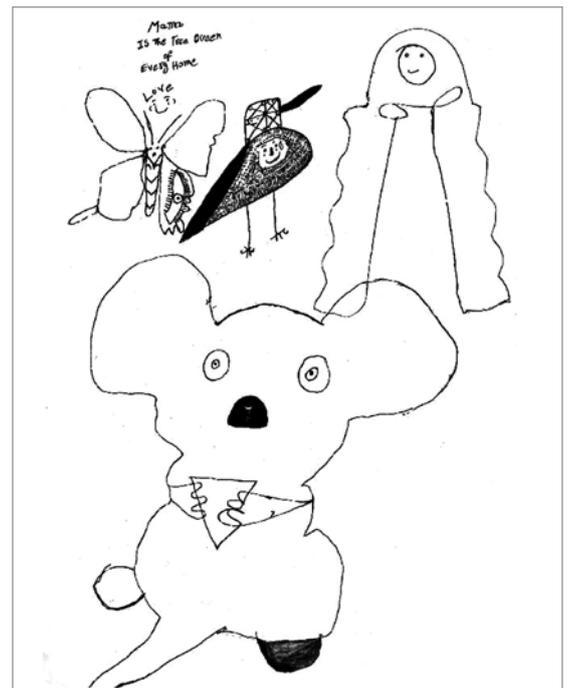
„Ich würde gerne ändern, dass es den nicht-österreichischen Staatsbürgern etwas leichter gemacht wird, die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen. Weil, zum Beispiel: Ich bin hier geboren, lebe seit 16 Jahren hier und sogar für mich ist es schwer, die Staatsbürgerschaft zu bekommen. Meine Eltern haben sie damals auch nicht bekommen ... Ich würde es gerne ändern, weil ich in Österreich lebe. Das ist meine zweite Heimat, sozusagen, und ich möchte hier auch wählen, weil ich hier ja lebe!“

„Österreichische Staatsbürgerschaft ist für mich: Ich kann reisen, wohin ich will. Zum Beispiel, ich wollte nach Ägypten fahren und ich brauche ein Visum. Ich hatte es schon angemeldet ... Ich warte jetzt seit 3 Monaten. Bis jetzt habe ich keine Antwort ... Wenn ich die österreichische Staatsbürgerschaft habe, kann ich auch überall arbeiten. Das wäre für mein Leben auch besser. Ich hätte dann keine Sorgen mehr ...“

„... Wenn man Stimmen geben kann, ist wichtig, was wir wollen und für uns momentan ist wichtig: Rassismus, ... Wohnung ist auch ein Thema. Viele Leute sagen, du bist aus dem Ausland und ich gebe dir keine Wohnung. Man muss eine Lösung zu diesen Themen finden ...“



„Love of a Monther“



„Queen Mama“

## Vielen lieben Dank!

von *FLUCHTpunkt*

Auch diesmal dürfen und möchten wir uns sehr herzlich bei allen bedanken, die uns durch Spenden unterstützen.

In Anschluss an unser Jubiläumsfest „25 Jahre FLUCHTpunkt – und kein bisschen leise“ am 25. Juni 2022 im Treibhaus in Innsbruck hat die *Arche\*Ahoi* in der Innsbrucker Bogenmeile zu einer Afterparty eingeladen. Der Erlös ging an uns, wofür wir unendlich dankbar sind.

Und zusätzlich gebührt unser außerordentlicher Dank natürlich dem *Treibhaus* und seinen Mitarbeiter:innen, dass sie uns unser Fest in dieser Location ermöglicht haben.

Ganz toll war das Engagement der Studierenden des *Studiengangs Soziale Arbeit* des *MCI*, die uns die Hälfte des Erlöses ihres nun schon legendären *Sofa Festls* in der p.m.k gespendet haben. Tausend Dank!

Besonders gefreut hat uns auch die Zueignung von 300 € Spenden aus dem Hauptkonzert der Konzertreihe *Orgelklänge Telfs*, die von der Tiroler Sparkasse noch um weitere 100 € aufgestockt wurden. Ganz großen Dank den Spender:innen und allen, die uns diese Unterstützung ermöglicht haben.

Ohne Eure Spenden könnten wir unsere solidarische Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Fluchtgeschichte in Tirol nicht realisieren. Wer zu unserer Arbeit regelmäßig finanziell beitragen möchte, denen empfehlen wir nach wie vor eine oder mehrere unserer Solidaritätsaktien. Erhältlich bei uns im Büro oder zum Runterladen unter <http://www.fluchtpunkt.org/spenden/>



## FLUCHTpunkt benötigt Unterstützung

### Sie können uns mit Spenden helfen oder gerne eine Solidaritäts-Aktie erwerben

Herzlichen Dank auf diesem Wege den treuen und selbstverständlich auch den neuen Aktionär\*innen.

Wir erhalten seit der vorletzten Legislaturperiode eine Subvention des Landes Tirol, weiterhin eine kleine Unterstützung der Stadt Innsbruck und des Tiroler Beschäftigungsvereins. Leider ist es uns dennoch nicht möglich, ausreichend Geldreserven zu bilden, und unvorhergesehene Ausgaben bleiben für FLUCHTpunkt nach wie vor ein großes Problem.

Neue AktionärInnen sind uns deshalb sehr willkommen. Bisherige Aktien können im Nennwert völlig unbürokratisch erhöht werden. Solidaritätsaktien zum Herunterladen finden Sie auf unserer Homepage: <https://www.fluchtpunkt.org>.

Konto: Verein arge-Schubhaft, Tiroler Sparkasse,  
IBAN: AT43 2050 3033 0112 2382, Bic: SPIHAT22XXX

## Öffnungszeiten der Koordinationsstelle / Office Opening Hours

Beratung nach Terminvereinbarung.

Telefonische Erreichbarkeit von Mo-Do von 9-12 Uhr.

Counselling by appointment.

You can reach us on phone from Mon to Thu 9 am-12 pm.

Tel./Fax: 0043 512 58 14 88

Mobil/WhatsApp/Signal: 0043 664 920 7973

E-Mail: [info@fluchtpunkt.org](mailto:info@fluchtpunkt.org)



## Lust auf Mitarbeit bei FLUCHTpunkt?

FLUCHTpunkt hat einen großen und vielseitigen Vorstand mit vielen Mitgliedern. Um unsere Arbeit gut machen zu können, brauchen wir immer wieder Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Möglichkeiten dafür sind vielseitig. Interessent\*innen können sich gerne bei uns melden.

[info@fluchtpunkt.org](mailto:info@fluchtpunkt.org)

Tel: 0512/58 14 88

Wir freuen uns auch über Angehörige bestimmter Berufsgruppen, welche bereit sind, unseren Mitarbeiter\*innen mit ihrem Fachwissen beiseite zu stehen.

Den *Infoletter* können Sie auch auf der Website downloaden und verbreiten.

### Impressum:

FLUCHTpunkt: Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge

Ein Projekt des Vereins arge-Schubhaft

Jahnstraße 17, A-6020 Innsbruck

Tel. 0043 512 58 14 88

E-mail: [info@fluchtpunkt.org](mailto:info@fluchtpunkt.org)

<https://www.fluchtpunkt.org>

### Bildnachweis:

Christian Niederwolfgruber (S. 3-6, 8, 9), Benedikt Sauer (S. 11)